

Georgsmarienhütte 03.03.2026

Wolfgang Niess: Paul von Hindenburg in der deutschen Geschichte

Vielen herzlichen Dank für die Einladung nach **Georgsmarienhütte**. Es geht heute Abend um „**Paul von Hindenburg in der deutschen Geschichte**“, und es ist klar, dass wir über dieses Thema kaum sprechen würden, wenn Paul von Hindenburg nicht als Reichspräsident am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hätte. Diese Ernennung hatte katastrophale Folgen. Sie mündete 1939 in den Zweiten Weltkrieg mit über 50 Millionen Toten weltweit.

Hindenburg war er 85 Jahre alt, als er Hitler zum Reichskanzler machte. Sehr lange wurde ihm sein **hohes Alter** zu Gute gehalten. Ein Greis, der **vielleicht nicht mehr im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte** war, von der **Kamarilla** in seiner Umgebung gelenkt wurde und deshalb nicht wirklich verantwortlich gemacht werden konnte für sein Tun – das war jahrzehntelang das **vorherrschende Bild** in Teilen der Geschichtswissenschaft und vor allem in der breiten Öffentlichkeit, wo man dieses Bild noch heute vielfach findet, verbunden mit einer **sentimentalen Wertschätzung** des großen Feldherrn und „Helden von Tannenberg“, der im August 1914 Ostpreußen gerettet hat.

Noch heute zeugen die vielen **Hindenburgstraßen** in Deutschland von dieser Wertschätzung, von denen allerdings die meisten nicht während des Ersten Weltkriegs ihren Namen bekamen, sondern erst **1933** für Hindenburgs herausragendes Verdienst, Hitler zum Kanzler gemacht zu haben - häufig zeitgleich mit Adolf-Hitler-Straßen.

Wie es hier in Georgsmarienhütte war, **liegt leider noch im Dunkeln**. Nach dem Ende des Krieges sind sämtliche Ratsprotokolle verbrannt worden, so dass sich nicht mehr anhand offizieller Dokumente rekonstruieren lässt, wann und wie es zur Hindenburgstraße kam. **Ich vermute**, dass aber auch hier der Gemeinderat im Frühjahr 1933 entschieden hat, Straßen nach Hindenburg und Hitler zu benennen.

Die **Adolf-Hitler-Straße wurde 1945 wieder umbenannt**, aber die Hindenburgstraße hat ihren Namen bis heute behalten. Auch in dieser Hinsicht wäre Georgsmarienhütte kein Einzelfall. In vielen Städten und Gemeinden wurde ebenso verfahren – obwohl die amerikanische Besatzungsmacht - und wohl auch die britische - auch auf eine Umbenennung der Hindenburgstraßen drängte. Zu Hindenburg hatten viele Deutsche auch nach dem Ende des Dritten Reiches ein besonderes Verhältnis. Er wurde **nicht als Verantwortlicher für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und für deren Verbrechen** gesehen.

Hier in Georgsmarienhütte hat es seither immer wieder Versuche gegeben, die Hindenburgstraße **umzubenennen** – ohne Erfolg.

Auch in mancher anderen Stadt sind solche Initiativen steckengeblieben und gescheitert. Ich selbst habe mich schon in den frühen achtziger Jahren als Reporter des Süddeutschen Rundfunks mit einem dieser Versuche im oberschwäbischen **Biberach** beschäftigt, wo der Gemeinderat am Ende alles beim Alten gelassen hat.

40 Jahre danach sind jetzt in einer ganzen Reihe von Städten und Gemeinden wieder Initiativen entstanden und stellen kritisch die Frage, **ob es in einer demokratischen Gesellschaft gerechtfertigt ist, einen Mann wie Paul von Hindenburg durch eine Straßenbenennung zu Ehren.**

Von den **Gegnern einer Umbenennung** werden meist **alltagsbezogene Argumente** vorgetragen: Die Anwohner würden genötigt, sich neue Briefbögen zuzulegen und sich an einen neuen Namen zu gewöhnen. Digitale Geräte müssten umprogrammiert werden und vieles andere mehr.

Daneben gibt es aber auch sehr **grundsätzliche Einwände**: Müssen wir tatsächlich immer wieder aufs Neue unsere Geschichte im Licht der jeweiligen Gegenwart durchforsten und immer wieder neu festlegen, wen wir aufgrund seiner Lebensleistung für würdig erachten, durch einen Straßennamen geehrt zu werden. Öffnen wir durch Umbenennungen nicht das Tor zu einem **ständigen**

Kulturkampf, der buchstäblich auf den Straßen oder mit der Benennung von Straßen ausgefochten wird? Heute ist es Hindenburg, morgen Bismarck... und wann sind die Preußenkönige dran, wann Barbarossa?

Ich bin der Meinung, dass wir solche **Einwände grundsätzlich ernst nehmen** müssen, und ich bin zugleich der Überzeugung, dass es sich bei Paul von Hindenburg um einen **ganz besonderen, und recht eindeutigen Fall** handelt. Hindenburg war kein Nationalsozialist oder Faschist, aber er gehört, was seine Rolle in der deutschen Geschichte angeht, durchaus **in eine Reihe mit Adolf Hitler - und nicht etwa mit Bismarck oder Friedrich dem Großen.**

Schauen wir uns diese Rolle genauer an. Paul von Beneckendorff und von Hindenburg wurde am **2. Oktober 1847 in Posen** geboren. Sein Vater war preußischer Leutnant, seine Mutter eine Arzttochter. Hindenburg stammte aus **uraltem preußischem Adel**, seine Ahnenreihe konnte es durchaus mit dem Haus Hohenzollern aufnehmen. Das hat sein Selbstverständnis tief geprägt. Paul wuchs schon als Kind in dieses preußische Junkertum hinein, das sich nun einmal für **ausgewählt unter den Berufenen** gehalten hat. Dieses ganz **selbstverständliche Standesbewusstsein** hat ihn bis zum Lebensende geprägt, sein Ruf und seine **Stellung unter Seinesgleichen, unter „seinen Leuten“** waren für ihn bis zuletzt

von herausragender Bedeutung und haben auch seine Entscheidungen als Reichspräsident stark beeinflusst.

Paul kam aus einer **Soldatenfamilie**. Der Waffendienst für König und Vaterland war selbstverständlich. Für ihn kam nie etwas anderes infrage als eine Militärkarriere. Die hat er **als Elfjähriger in einer Kadettenanstalt** begonnen und **1911 als General beendet**, als er sich mit 63 Jahren in den Ruhestand verabschiedete. Davon hat damals die Öffentlichkeit keine Notiz genommen, und auch heute würde kein Mensch über Paul von Hindenburg sprechen, wenn nicht drei Jahre später der erste Weltkrieg begonnen hätte.

Hindenburg bemühte sich im August 1914 intensiv aber zunächst erfolglos darum, wieder in Dienst genommen zu werden. Das änderte sich erst, als an der Front im Osten ein Debakel drohte. Viel schneller, als der deutsche Generalstab angenommen hatte, **bedrohten zwei russische Armeen die 8. deutsche Armee in Ostpreußen**, und deren Befehlshaber erwogen allen Ernstes, sich über die Weichsel zurückzuziehen und Ostpreußen aufzugeben. Diese Katastrophe wollte die deutsche Oberste Heeresleitung unter allen Umständen verhindern und suchte nach einem tatkräftigen Befehlshaber, der die Front stabilisieren und die russischen Armeen in aufhalten konnte.

Die Wahl fiel auf **Erich Ludendorff**, der gerade im Westen durch die Einnahme der Festung Lüttich bewiesen hatte, dass er ein genialer Stratege war. Ludendorff war allerdings aufgrund seiner bisherigen Karriere nicht reif für den Posten des Oberbefehlshabers.

Gesucht wurde nun deshalb ein **Oberbefehlshaber, der Ludendorff aufgrund seines Naturells möglichst freie Hand lassen würde.**

Etwas überspitzt kann man sagen: Man suchte keinen militärischen Kopf, sondern einen **polierten Helm mit Pickelhaube**, der Ludendorff machen ließ und sich darauf beschränkte, dessen Befehle abzuzeichnen und mit der Autorität des Oberbefehlshabers auszustatten. Jetzt erst kam Hindenburg ins Spiel, von dem man annahm, dass er diese Anforderungen erfüllte. General **Groener**, der spätere Generalquartiermeister, berichtete in einem Privatbrief, der einzige Grund für die Auswahl Hindenburgs sei der Umstand gewesen, dass man von ihm aufgrund seines Phlegmas **absolute Untätigkeit erwartete.**

Die Rechnung der obersten Heeresleitung ging voll auf. Aufgrund der strategischen Planungen Ludendorffs und seines **ersten Stabsoffiziers Max Hoffmann** gelang es, eine der beiden russischen Armee einzukesseln und vollständig zu besiegen. Auch die andere wurde geschlagen. 30.000 russische Soldaten fielen im Verlauf der Schlacht, die am 23. August 1914 begann und am 28. endete, 90.000

gerieten in Gefangenschaft und der russische Oberbefehlshaber erschoss sich in aussichtsloser Lage.

Hindenburg hatte mit diesem großartigen Sieg allerdings nichts zu tun. Hoffmann traf den Nagel auf den Kopf, als er einige Monate später einem Besucher das ostpreußische Quartier Hindenburgs mit der Bemerkung gezeigt hat: „Hier hat der Feldmarschall geschlafen, vor der Schlacht bei Tannenberg, nach der Schlacht bei Tannenberg und, unter uns gesagt, auch während der Schlacht bei Tannenberg.“

Ohne die geringsten Skrupel hat Hindenburg sich dennoch als der große Sieger von Tannenberg feiern lassen und kam **nicht im Entferntesten auf den Gedanken, Ruhm und Ehre mit anderen zu teilen**, die im Gegensatz zu ihm entscheidend zu diesem Sieg beigetragen hatten, insbesondere mit **Max Hoffmann und Erich Ludendorff**. Hindenburg sonnte sich vielmehr im Feldherrenruhm und sah ihn als Zeichen der Gnade Gottes. Am 12. September schrieb er seiner **älteren Tochter**: „Ich werde von allen Seiten sehr verehrt und gefeiert... Aber das soll mich nicht übermütig machen. Ohne Gott den Herrn hätte **ich** es nicht schaffen können, der großen Übermacht gegenüber.“ Kein Wort von Ludendorff oder Hoffmann.

Aber **auch in anderer Hinsicht ein bezeichnender Brief.**

Hindenburg bringt **Gott** den Herrn ins Spiel, so wie er es schon als junger Leutnant im Krieg von 1866 und im Krieg von 1870 getan hat.

Hindenburg war **tief gläubiger Protestant**, hat regelmäßig Gottesdienste besucht und gebetet. Bereits als junger Offizier und bis ins hohe Alter war er davon überzeugt, dass Gott der Herr **direkt in sein Leben eingreift und es lenkt**. Wenn er nach seiner Ernennung zum Chef der Obersten Heeresleitung am 29. August 1916 seiner Frau schreibt: „**Welch eine Wendung durch Gottes Fügung**“, so meint er das wörtlich. Ebenso, wenn er Hitler und sein Kabinett am 30. Januar 1933 mit den Worten verabschiedet „**Und nun meine Herren, vorwärts mit Gott!**“

Tannenberg war der Beginn einer beispiellosen Karriere. Die spielte sich aber nicht auf den Schlachtfeldern ab, sondern in öffentlicher Wertschätzung. Alle Welt wollte Ende August wissen, wer denn dieser bis dahin weitgehend unbekannte General war, der den spektakulären Sieg errungen hatte. Journalisten begannen zu recherchieren, Zeitungen berichteten, Broschüren erschienen und brachten dem Publikum den Retter Ostpreußens nahe, der auch **körperlich** alles mitbrachte, was man braucht, um einen Helden darzustellen. Groß war er, eine wuchtige Gestalt, die Vertrauen einflößte, der man sich gern und ohne Sorge anvertrauen konnte.

Im Westen führte in diesen Septembertagen 1914 die **Schlacht an der Marne** nicht zum Durchbruch, sondern mündete in einen langwierigen Stellungskrieg. Von einem schnellen Sieg vor Paris konnte keine Rede mehr sein. Ein lang andauernder

Zweifrontenkrieg war aber für das Deutsche Reich und seine Verbündeten kaum zu gewinnen. Bereits zu diesem Zeitpunkt drohte die große Niederlage. In dieser Situation brauchte die Militärführung dringend den „Sieger von Tannenberg“, um **von den Misserfolgen und Problemen im Westen abzulenken** und wieder neue Siegeszuversicht zu verbreiten.

Zwei Wochen nach der Schlacht bei Tannenberg begann eine **Verherrlichung des Generals Paul von Hindenburg**, die jedes vernünftige Maß überstieg. Artikel über den „ostpreußischen Wundergeneral“ füllten nun ganze Titelseiten der Zeitungen. In Kindergärten und Schulen wurde für Hindenburgs Gesundheit gebetet und gesungen. Auf Torten und Pfeifen war das Bild des sagenhaften Generals zu sehen, Kekse und Pfefferkuchen stellten seinen massiven Schädel dar. Eine oberfränkische Brauerei taufte ihren Schnaps in Hindenburg-Siegestropfen um. In wenigen Wochen wimmelte es auf dem Markt von Hindenburg-Zigarren, Hindenburg-Likören, Hindenburg-Salaten, Hindenburg-Krawatten, Hindenburg-Westen. Der Gefeierte genehmigte in allen Fällen großzügig die Verwendung seines Namens. Das Streben nach Popularität war eine seiner entscheidenden Triebfedern.

Hindenburg sah die Chance gekommen, seinen kometenhaften Aufstieg durch **eigenes Zutun** nachhaltig zu beschleunigen. Er erwies sich dabei als **Meister der Selbstinszenierung** und nutzte

die relevanten Medien und Möglichkeiten seiner Zeit virtuos – auch mit Hilfe seiner Frau, auf deren Urteil in ästhetischen Fragen er sich verlassen konnte. Der **Berliner Professor Hugo Vogel** wurde sein „Hof- und Leibmaler“, weil er es glänzend verstand, Hindenburg so darzustellen, wie der gerne gesehen werden wollte – auch vor der Geschichte. Sein **Bild vor der Geschichte**, das, was von ihm überliefert wurde, war für ihn zeitlebens von großer Bedeutung.

Was seine militärische Rolle angeht, wurde das Duo Hindenburg/Ludendorff 1915 weitgehend kaltgestellt und weit in den Nordosten, ins **litauische Kowno**, abgeschoben. Für den umtriebigen Strategen Ludendorff war das fast unerträglich, nicht aber für Hindenburg, der die Zeit in Kowno nutzte, um eine **eigene PR-Abteilung** zur Verbreitung seines Ruhms und seines Namens aufzubauen. In der Folge nahmen Journalisten und Führungskräfte aus ganz Deutschland den weiten Weg nach Kowno auf sich, um persönlich mit dem Wundergeneral sprechen zu können.

Hindenburgs Abendtafel genoss legendären Ruf. Trotz des Krieges wurde genussvoll gespeist und getrunken, es fehlte an nichts.

An militärischen Fragen war Hindenburg jetzt **noch weniger interessiert** als zuvor. Max Hoffmann berichtet, dass er **viel auf der Jagd** war und im Übrigen lediglich morgens und abends je 5 Minuten ins Hauptquartier kam, um sich zu erkundigen was los sei. In Briefen schrieb Hoffmann im Sommer 1916: „Dieser Kerl ist ein zu

trauriger Genosse, dieser große Feldherr und **Abgott des Volkes.**“
„**Mit so wenig eigener geistiger und körperlicher Anstrengung ist noch nie ein Mann berühmt geworden.**“

Dass Hindenburg/Ludendorff im August 1916 als **neue oberste Heeresleitung** berufen wurden, war mitnichten Ergebnis ihrer militärischen Erfolge, sondern veranlasst durch militärpolitische Entwicklungen und die große Popularität, die Hindenburg in der Bevölkerung genoss. Der Kaiser hatte im Mai 1916 bei einem Besuch in Hindenburgs Quartier zugestehen müssen, dass der zu einem „**Nationalheros des deutschen Volkes**“ geworden sei. Sein Name habe einen sagenhaften Klang, überall flögen ihm die Herzen zu.

Der **Reichskanzler (Theobald von Bethmann Hollweg)** war im August 1916 zu der Überzeugung gekommen, dass das Deutsche Reich einen militärischen Sieg nicht mehr erreichen konnte. Es ging ihm jetzt darum, der **Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit den Kriegsgegnern zu vermitteln.** Für diese Aufgabe war in den Augen des Kanzlers Hindenburg der geeignete Mann. **Ihm würde das Volk folgen, ohne dass es zu Unruhen kam.** Man musste ihn allerdings im Hinblick auf seine militärische Position aufwerten, ihn also zum Chef der Obersten Heeresleitung machen - und so geschah es.

Es zeigte sich aber bald, dass Bethmann Hollweg **auf das falsche Pferd gesetzt** hatte. Die Seekriegsleitung und der Kriegsminister forderten bereits seit Monaten, den **uneingeschränkten U-Bootkrieg** wieder aufzunehmen, was fast zwangsläufig zum **Kriegseintritt der USA** führen musste und alle Friedensinitiativen hinfällig machen würde. Hindenburg/Ludendorff hatten zunächst den Eindruck erweckt, dass sie in diesem Konflikt auf der Seite des Kanzlers stünden, aber **als Oberste Heeresleitung schlugen sie sich im entscheidenden Moment auf die Gegenseite**. Am 1. Februar 1917 erklärte Deutschland die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges, die USA traten daraufhin am 6. April in den Krieg ein. Anderthalb Jahre später war die **deutsche Niederlage** besiegelt. Ende September 1918 forderte die Oberste Heeresleitung die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen.

Gemessen an unseren heutigen Maßstäben war der uneingeschränkte U-Bootkrieg, der auch die Versenkung von zivilen Schiffen der Gegner zur Folge hatte, ohne Zweifel ein **Kriegsverbrechen**. Ebenso der Befehl der Obersten Heeresleitung, beim Rückzug aus Frankreich und Belgien „verbrannte Erde“ zu hinterlassen. Zivilisten zu Zwangsarbeit zu zwingen, Bergwerke unter Wasser zu setzen, zivile Infrastruktur zu zerstören sind Kriegsverbrechen. Mit Blick auf diese Politik haben die alliierten Siegermächte später die Auslieferung des Kaisers und führender

Militärs wie Hindenburg verlangt. Sie ist nie erfolgt, und auch nicht durchgesetzt worden.

Hindenburgs Popularität hat die Niederlage im Krieg nahezu unbeschadet überstanden. Das lag insbesondere auch am **Nachfolger Ludendorffs, General Wilhelm Groener**, der nach Ludendorffs Rücktritt Ende Oktober 1918 Generalquartiermeister wurde. Groener hat durch seine elastische Politik in den Revolutionsmonaten die militärische Spitze des Kaiserreichs in die Weimarer Republik hinübergerettet. In seinen Augen war Hindenburg aufgrund seiner Bedeutung **als „Nationalheros“ des deutschen Volkes unverzichtbar**. Groener hat deshalb alles unternommen, um Hindenburg zu schützen und dem Monarchisten den Übergang in die fremde Welt der demokratischen Republik zu unmöglichen.

Persönlich und menschlich stand Groener Hindenburg kritisch gegenüber. Zu oft hat er ihn in kritischen Situationen als Mann erlebt, der **Verantwortung scheute** und es ihm, Groener, überließ, auf unliebsame Fakten hinzuweisen und Klartext zu reden. Das galt insbesondere im Hinblick auf die **Abdankung des Kaisers am 9. November 1918** und auf die Frage der **Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles im Juni 1919**. In beiden Fällen hat Hindenburg sich **feige weggedrückt** und es Groener

überlassen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen beziehungsweise anzuregen.

Hindenburg hat in diesen Monaten vor allem dadurch von sich reden gemacht, dass er die **Dolchstoßlüge** bestätigt und ihr damit höhere Weihen verschafft hat. Am 18. November 1919 hat er vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung erklärt, dass die deutsche Armee von hinten, also durch die Revolution, erdolcht worden sei. In seinen 1920 erschienenen Memoiren hat Hindenburg diese Lüge in griffiger Formulierung wiederholt und damit der jungen Weimarer Republik dauerhaft schwer geschadet.

Für Schlagzeilen hat Hindenburg im November auch dadurch gesorgt, dass er sich **nicht abgeneigt zeigte, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren**. Die Weimarer Verfassung vom August 1919 sah vor, dass der Reichspräsident unmittelbar durch das Volk gewählt werden sollte. Der amtierende Reichspräsident Friedrich Ebert war im Februar 1919 „nur“ von der Nationalversammlung gewählt worden, und so drängte vor allem die **rechtsliberale DVP** mit ihrem Vorsitzenden Gustav **Stresemann** auf eine schnelle Neuwahl und brachte als Kandidaten Paul von Hindenburg ins Gespräch. Der zeigte sich aufgeschlossen, machte aber eine endgültige Zusage von der **Einwilligung des ehemaligen Kaisers** abhängig.

Das Ganze zog sich einige Monate hin, und erledigte sich durch den gescheiterten **Kapp-Lüttwitz-Putsch** im März 1920. Eine Volkswahl des Reichspräsidenten war in der aufgeheizten Stimmung nicht mehr angesagt, und im Jahr 1922 verständigten sich die Parteien im Reichstag mit Zweidrittelmehrheit auf eine Begrenzung der Amtszeit von Friedrich Ebert bis zum 30. Juni 1925.

Als der Termin näher rückte, gab es auf Seiten der **politischen Rechten** intensive Bestrebungen, einen **gemeinsamen Kandidaten sämtlicher bürgerlichen Parteien** der rechten und der Mitte zu nominieren.

Dabei hat sich vor allem der ehemalige preußische Staatsminister **Friedrich Wilhelm von Loebell** als Drahtzieher im Hintergrund betätigt, der seit 1919 **Präsident des Reichsbürgerrates** war. Unter Loebell hatte sich der Reichsbürgerrat zu einer **erzreaktionären Institution** entwickelt, die konsequent gegen die Republik arbeitete. Loebell und seine Freunde **analysierten nüchtern**, dass es der politischen Rechten **weder mit Putschversuchen** – wie etwa dem Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 und dem sogenannten Hitlerputsch 1923 – **noch durch Mehrheiten** bei Parlamentswahlen gelungen war, die Republik zu beseitigen. Sie plädierten deshalb für eine **neue Strategie: Eroberung von Machtpositionen** innerhalb der Republik, um diese Positionen dann zur Beseitigung der Demokratie zu nutzen. Das Amt des Reichspräsidenten war dabei von zentraler

Bedeutung. Loebell und seinen politischen Freunden ging es bei alledem nicht in erster Linie um die Wiedererrichtung der Monarchie. Sie schauten vielmehr fasziniert nach Italien, wo **Mussolini 1922** damit begonnen hatte, das Regime des Faschismus aufzubauen.

Mitten in diesen Vorbereitungen der politischen Rechten starb Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 an den **Folgen eines Blinddarmdurchbruch**. Auf Seiten der demokratischen Parteien gab es bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Vorbereitungen für die Wahl. Man rechnete wohl damit, dass Ebert bereit sein würde, als Kandidat anzutreten. Nun stand man unter erheblichem Zeitdruck.

Die politische Rechte war zweifellos besser vorbereitet. Die Gruppe um Loebell suchte einen energisch zupackenden, politisch mit allen Wassern gewaschenen Mann, der es schaffen würde, die Möglichkeiten des Reichspräsidentenamtes zu nutzen, um **das Parlament und die Parteien zurückzudrängen und auszuschalten**. Also eine Art zweiten Bismarck. Der war allerdings trotz intensiver Suche nicht zu finden. Auch der Name **Hindenburg** wurde bei der Kandidatensuche genannt aber sofort wieder beiseitegelegt, weil der ehemalige Generalfeldmarschall dieses Profil ganz und gar nicht erfüllte.

Ziel Loebbels war es, die demokratischen bürgerlichen Parteien – das katholische **Zentrum** und die linksliberale **DDP** – aus der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten herauszulösen und **für ein Bündnis mit den Parteien der politischen Rechten zu gewinnen**. Dieses Ziel hat er nicht erreicht. Es gelang ihm zunächst lediglich, die beiden großen Parteien der Rechten, **DVP und DNVP** zur Kür eines gemeinsamen Kandidaten zu bewegen. So standen am 29. März 1925 **sieben Kandidaten** zur Wahl, von denen keiner die absolute Mehrheit erreicht hat.

Erkennbar war aber, dass der Kandidat der Rechtsparteien gegen einen **gemeinsamen Kandidaten von SPD, Zentrum und Linksliberalen** im Zweiten Wahlgang verlieren würde, der am 26. April stattfinden sollte. Erst jetzt gelang es den Deutschnationalen, den 77jährigen **Paul von Hindenburg** ins Spiel zu bringen – sozusagen als **Retter in der größten Not**.

Hindenburg **zauderte und zögerte tagelang** – es war ein Schauspiel ohnegleichen. Am Ende war es wohl eine **Mischung aus Größenwahn, Ruhmsucht, seiner Herkunft aus altpreußischem Adel und naivem Gottvertrauen**, das Hindenburg zur Kandidatur veranlasse. Er wollte der **Retter der Nation** sein. Er war davon überzeugt, dass er – und nur er – mit Gottes Hilfe durch sein bloßes Da-Sein die Deutschen einen – und damit die Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands schaffen könnte.

Die Männer, die ihn auf den Schild hoben, sahen seine Rolle anders. Die Deutschnationalen hofften vor allem darauf, dass sie Hindenburg **durch geeignete Berater aus den eigenen Reihen lenken** könnten. Außenminister **Gustav Stresemann**, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, hat bis zuletzt versucht, eine Kandidatur Hindenburgs zu verhindern, sie aber am Ende dulden müssen, weil er sich bereits bei der Kandidatensuche für den ersten Wahlgang zu häufig quergelegt hatte.

Als schließlich Hindenburgs Zusage vorlag, waren die **Reaktionen im Ausland verheerend**.

Der Wahlkampf war eine **Propagandaschlacht**, wie sie in Deutschland nie zuvor stattgefunden hatte, aber er fand weitgehend ohne den Kandidaten statt. Für uns bedeutsam ist allerdings Hindenburgs sogenannte **Osterbotschaft**, in der er alle national denkenden Deutschen dazu aufforderte, ihn zu unterstützen und sich um ihn zu sammeln. Der **Kristallisationskern einer nationalen Sammlungsbewegung** zu werden, war Hindenburgs Ziel für die Wahl und für seine Präsidentschaft. Er wollte **einigender Mittelpunkt** aller national denkenden und fühlenden Deutschen sein und werden. Diese Einigkeit stellte in seinen Augen die **Voraussetzung für den Wiederaufstieg des Vaterlandes** dar, den er später als Reichspräsident bei jeder Gelegenheit beschworen hat.

Wenn man **diese Vision ernst nimmt**, erschließt sich die Präsidentschaft Hindenburgs in ihren wesentlichen Zügen. Das gilt bis zu seinem Tod am 2. August 1934 und auch unter Einbeziehung seines politischen Testaments. Die von Hindenburg angestrebte Einigung der national gesinnten Deutschen unterschied sich nur marginal von der „**Volksgemeinschaft**“ der Nationalsozialisten. Das als kleine Randbemerkung vorweg.

Seine Gegner bei der Wahl am 26. April 1925 waren der Zentrumsvorsitzende **Wilhelm Marx** als gemeinsamer Kandidat der sogenannten Weimar Koalition und Ernst Thälmann als Kandidat der KPD. Hindenburg erhielt **48,29 %** der abgegebenen Stimmen, Wilhelm Marx **45,9 %**. In absoluten Zahlen betrug die Differenz zwischen beiden **904.151** Stimmen.

Der dritte Kandidat, Ernst **Thälmann** von der KPD, kam auf **1 931 151** Stimmen.

Hätte die KPD auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, hätte Marx wohl die Wahl gewonnen – und es war keineswegs selbstverständlich, dass die KPD auch im zweiten Wahlgang an der Kandidatur Thälmanns festhielt. Bereits im Vorfeld wurde das Verhalten der KPD-Führung von der **Komintern** in Moskau heftig kritisiert und gefordert, sie solle ihren Kandidaten zurückziehen. Die Führung der KPD hat sich dem aber hartnäckig widersetzt und wurde dadurch mitverantwortlich für den Sieg Hindenburgs.

Der zweite gravierende Faktor für den Sieg Hindenburgs war die **Wahlempfehlung der Bayerischen Volkspartei**. Die wurde am 7. April von der Parteiführung beschlossen und stieß in Teilen der Partei auf heftigen Widerspruch. Die BVP, das muss man sich klarmachen, war die bayerische **Schwesterpartei des katholischen Zentrums**. Formal entsprach das Verhältnis der beiden Parteien dem von CDU und CSU in der heutigen Bundesrepublik – nur mit dem Unterschied, dass damals beide Parteien reine Vertretungen der Katholiken waren. Das macht für uns Heutige deutlich, welche **Kampfansage** es darstellte, dass die BVP ihren Wählern nicht etwa die Wahl des katholischen Zentrumsvorsitzenden Wilhelm Marx empfahl, sondern die des preußischen Protestanten Hindenburg. **Der Hass auf alles Sozialdemokratische** und auf jede Zusammenarbeit mit der SPD waren in Bayern stärker als die konfessionellen Bande zur Schwesterpartei.

Der Anteil der Stimmen, die Hindenburg aus dem Lager der BVP-Wähler bekam, wird auf etwa **600.000** geschätzt. Es war deshalb absolut nachvollziehbar, wenn der **Bayerische Kurier**, ein BVP-Blatt nach der Wahl stolz erklärte, es sei „ausschließlich“ auf die Unterstützung durch die Bayerische Volkspartei zurückzuführen, dass Hindenburg mehr Stimmen als Marx bekommen habe. Das liberale Berliner Tageblatt hielt fest: **„Bayern hat den Sieg des Rechtsblocks entschieden.“**

Ein Antidemokrat war nun Inhaber des mächtigsten Amtes der Republik. Das ließ auf Seiten der Demokraten alle Alarmglocken schrillen. Als Hindenburg dann aber am **12. Mai** im Reichstag seinen **Eid** auf die Verfassung ablegte, sahen viele Zeitgenossen darin ein hoffnungsvolles Zeichen. **Der gläubige Protestant Hindenburg** würde seinen Eid halten. Als er dann auch noch Stresemanns **Verständigungspolitik** mit Frankreich akzeptierte, die Verträge von **Locarno** unterzeichnete und auch dem Beitritt zum **Völkerbund** zustimmte, war das demokratische Deutschland beruhigt. Die nationalen Rechte aber schäumte, und Hindenburg beklagt immer wieder, dass man dort seine Ziele nicht verstehe.

Wenn wir sein **großes Ziel** ernst nehmen, die Einigung der national denkenden Deutschen, dann war Hindenburgs Politik in den Jahren 1925 bis 28 in ihren großen Zügen durchaus **folgerichtig**. Er wollte die rechtsliberale DVP Stresemanns bei der Stange halten und die Zentrumsparterie gewinnen. Mit einer deutschnationalen Politik wäre das unmöglich gewesen.

Hindenburg ist **keineswegs vorübergehend zum Demokraten** geworden. Das zeigten nicht nur einzelne deutschnationale Duftmarken, die er in diesen Jahren setzte – etwa die **Flaggenverordnung** oder sein Engagement in der Frage der **Fürstenenteignung** -, sondern auch die Regierungsbildungen, dieser Jahre. Der **Präsident drängte immer weiter nach rechts** -

ohne dabei gegen die Verfassung zu verstoßen. Er genoss seine überragende Popularität, die sich besonders in den Feierlichkeiten zu seinem **80. Geburtstag im Jahr 1927** zeigte. Er hatte auch keinerlei Skrupel, sich zu diesem Anlass **Gut Neudeck** schenken zu lassen, das früher seiner Familie gehört hatte – und ließ gleich seinen Sohn **Oskar als Eigentümer** eintragen, um die Erbschaftssteuer zu sparen, die nach seinem Tod fällig sein würde. Ein klares inneres Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie war auch in diesen Jahren im Verhalten Hindenburgs nicht zu erkennen, **nur scheinbar amtierte er zunächst loyal** zur Verfassung.

Das zeigte sich nicht erst 1932, sondern bereits nach der **Reichstagswahl im Mai 1928**. Die **SPD** gewann bei dieser Wahl knapp 4 Prozent hinzu und war mit **knapp 30** Prozent der abgegebenen Stimmen nun mit weitem Abstand stärkste Partei im Parlament. Die **deutschnationale Volkspartei** verlor dagegen ein Drittel ihrer Wählerschaft und kam nur noch auf **14,3** Prozent. Gegen die Sozialdemokratie war nun eine einigermaßen stabile parlamentarische Mehrheit nicht mehr denkbar, die Zeit der rechtsorientierten Bürgerblockregierungen war vorbei. Lediglich eine **Große Koalition**, die von der SPD auf der Linken bis zur Deutschen Volkspartei auf der Rechten reichte, konnte sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen. Hindenburg hätte am liebsten den DVP-Fraktionsvorsitzenden **Ernst Scholz** zum Kanzler gemacht, aber

er kam angesichts der Mehrheitsverhältnisse schließlich nicht umhin, den Sozialdemokraten **Hermann Müller** zu ernennen.

Nach meiner Überzeugung war genau jetzt für den Reichspräsidenten der Punkt erreicht, an dem er glaubte, sein **bisheriges Vorgehen grundlegend ändern** zu müssen. Bereits am **18. März 1929** sprach er insgeheim mit dem deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden über die **Notwendigkeit, ohne und gegen die Sozialdemokratie zu regieren**. Er dachte an ein **Präsidialkabinett** mit rechtem Profil, eine Regierung also, die sich nicht mehr auf Parlamentsmehrheiten stützte, sondern mit Hilfe der **Notverordnungsvollmachten** des Reichspräsidenten regieren sollte. Nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung war der Reichspräsident ein mächtiger Mann. Er ernannte den Kanzler, der Reichstag konnte dem Regierungschef erst im Nachhinein das Misstrauen aussprechen. Er war Oberbefehlshaber der Reichswehr und konnte sie auch im Inneren einsetzen. Artikel 48 der Verfassung gab ihm zusätzlich das Recht, mit Notverordnungen Teile der Verfassung außer Kraft zu setzen und gegen einzelne Länder vorzugehen, wenn die ihre Pflichten gegenüber dem Reich nicht erfüllten. Vor allem auf dieses Recht wollte Hindenburg sich nun stützen. Die Deutschnationalen in seiner Umgebung drängten ihn schon lange zu einem solchen Vorgehen.

Nach Ostern 1929 führte Hindenburgs Vertrauter Kurt von Schleicher, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, im Auftrag des Präsidenten Gespräche mit **Heinrich Brüning**, dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, der als Kanzler eines solchen Präsidialkabinetts in Erwägung gezogen wurde. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde eine **recht detaillierte Absprache** darüber getroffen, wie man vorgehen wollte, um die Republik in ein Präsidialregime zu transformieren. Im **Dezember 1929** trafen Brüning und Hindenburg dann im Rahmen eines Abendessens beim Reichskanzler erstmals persönlich aufeinander, und **Hindenburg war hochzufrieden** mit dem Eindruck, den er von Brüning gewann. Die Vorbereitungen für das Präsidialkabinett liefen nun auf Hochtouren.

Gleichzeitig fanden **Verhandlungen** mit den Siegermächten des Weltkriegs über die Reparationsverpflichtung in Deutschland statt. Der sogenannte „**Young-Plan**“ versprach Erleichterungen bei den Zahlungen, stieß aber bei der extremen Rechten auf gewaltigen Widerstand. Die **Deutschnationalen, der Frontkämpferbund Stahlhelm und Hitlers NSDAP** leiteten gemeinsam einen **Volksentscheid** in die Wege und entfachten ein **propagandistisches Feuerwerk**, das **Hitler erst in ganz Deutschland bekannt machte**. Der Volksentscheid scheiterte im Dezember 1929 auf ganzer Linie, es beteiligten sich lediglich 13,8 Prozent der Wahlberechtigten. Aber dass die Deutschnationalen sich

unter der Führung Hugenberg's sich dabei den Nationalsozialisten annäherten, hatte langfristige Folgen.

Zunächst allerdings war der Weg frei für die **Verabschiedung der Gesetze zum Young-Plan** im Reichstag, die am 11. und 12. März 1930 erfolgte. Dafür waren die **Stimmen der Sozialdemokraten noch notwendig** gewesen. Danach aber brachen die sozialpolitischen Gegensätze zwischen **SPD und DVP**, zwischen **Gewerkschaften und Arbeitgebern**, in grundsätzlicher Schärfe auf. Deutschland befand sich in einer schweren Wirtschaftskrise, die bereits vor dem **Börsencrash in New York Ende Oktober 1929** begonnen hatte. Die Zahl der Arbeitslosen lag bei etwa 3 Millionen, die kurz zuvor eingeführte **Arbeitslosenversicherung war hoffnungslos überfordert** und beim Reich mit über 300 Millionen Reichsmark verschuldet. An der Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht oder die Zahlungen an Arbeitslose gekürzt werden sollten, zerbrach die große Koalition. Die **Hauptverantwortung** dafür wird im Allgemeinen noch heute der **SPD-Fraktion** im Reichstag zugeschrieben, die mit bemerkenswerter Sturheit alle Kompromissvorschläge abgelehnt habe.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Reichskanzler **Müller** im Einvernehmen mit der SPD-Spitze den Reichspräsidenten bat, die notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen mit einer **Notverordnung** durchzusetzen. Er brachte sich damit im Gegensatz

zu seiner eigenen, sozialdemokratischen Fraktion, aber **Hindenburg weigerte sich**. Der Präsident hatte **keinerlei Interesse daran, die Große Koalition aufrecht zu erhalten** und damit der Demokratie eine Chance zu geben. Er wollte vielmehr die **Regierungskrise nutzen**, um das seit Langem geplante Präsidialkabinett einzusetzen. Am 27. März 1930 trat das Kabinett Müller zurück. Am folgenden Tag wurde Brüning mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, und bereits zwei Tage später, „in Rekordzeit“ (Wikipedia), konnte Brüning die neue Regierung vorstellen.

Wenn wir verstehen wollen, wie es zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler kommen konnte, sollten wir uns **nicht nur mit dem 30. Januar 1933** und dem Halbjahr davor beschäftigen, sondern sollten sehr **viel genauer die Ereignisse der Jahre 1929/30 untersuchen**, in denen ohne zwingenden Grund die parlamentarische Demokratie beseitigt wurde.

Die Zerstörung der Weimarer Republik wurde möglich durch die **Wahl eines Antidemokraten ins höchste Staatsamt**, und **sie begann fünf Jahre danach mit der Ernennung Brünings und der Errichtung eines autoritären Präsidialregimes**. Sieht man von Militärputschen ab, dann werden Demokratien in aller Regel nicht über Nacht beseitigt, sondern **Schritt für Schritt ausgehöhlt und demontiert**. Der Übergang zur offenen Diktatur ist oft nur noch ein letzter Akt, der dann äußerst schwer zu verhindern ist. Wir sollten also **besonders sensibel für die ersten Schritte** auf diesem

verhängnisvollen Weg sein. Gegen diese ersten Schritte ist entschiedener Widerstand noch möglich und geboten.

Solche **Prozesse der Aushöhlung und Demontage von Demokratien** können wir zurzeit allenthalben beobachten. Das **Beispiel der USA unter Trump** ist wohl der auffälligste und für uns Europäer gefährlichste Fall, aber auch um die **Türkei, Ungarn und auch Polen** müssen wir uns ernsthaft Sorgen machen.

In Deutschland war, wie gesagt, vor knapp einhundert Jahren die Ernennung Brünnings zum Reichskanzler ein **entscheidender Schritt** auf dem Weg zur Diktatur. Wie zu erwarten, bekam Brüning im Sommer 1930 für sein **Sanierungsprogramm der Reichsfinanzen** nicht die Zustimmung des Parlaments, der Reichspräsident setzte es daraufhin als **Notverordnung** durch. Der **Reichstag hob diese Notverordnung** wieder auf, und der Reichspräsident machte nun von seinem Recht Gebrauch, den **Reichstag aufzulösen** und **Neuwahlen** auszuschreiben. Die fanden am **14. September 1930** statt und machten die **NSDAP mit 18,3** Prozent zur zweitstärksten Partei – nach 2,6 Prozent der Stimmen in der Reichstagswahl vom Mai 1928. Das war ein in der deutschen Geschichte **einmaliger politischer Erdbebenstoß**. Aufgrund der vorangegangenen Ergebnisse bei Landtags- und Kommunalwahlen hatte man das befürchten müssen. Es hat den Reichspräsidenten nicht davon abgehalten, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Die **SPD blieb im September 1930 mit 24,5 Prozent** stärkste Kraft. Sie zog verantwortungsbewusst und realpolitisch aus dem NSDAP-Ergebnis den Schluss, es nicht noch einmal auf Neuwahlen ankommen zu lassen, bis die Wirtschaftskrise überwunden war.

Das konnte allerdings dauern, denn der Kanzler hatte ganz andere Prioritäten. Ihm ging es in erster Linie darum, die **Wirtschaftskrise zu nutzen, um eine endgültige Streichung der Reparationszahlungen zu erreichen. Massenarbeitslosigkeit nahm Brüning nicht nur billigend in Kauf**, sie zeigte in seinen Augen vielmehr eindrucksvoll, dass Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am Ende war.

Die **Bedeutung des Reichstags** ging aufgrund des Präsidialregimes massiv zurück. 1930 war das Parlament an 94 Tagen zusammengetreten, 1932 waren es nur noch 13. 1930 hatte der Reichstag 98 Gesetze beschlossen, 1932 waren es nur noch fünf. Die Zahl der Notverordnungen stieg dagegen von 5 auf 66.

In **zwei Jahren tiefer Wirtschaftskrise** stieg die Zahl der **Arbeitslosen** über 6 Millionen, das **soziale Elend weiter Bevölkerungsschichten** war unübersehbar, die **Angst vor Verelendung** prägte das politische Verhalten des Mittelstandes. Immer weniger trauten die bürgerlichen Schichten der Demokratie und ihren Institutionen zu, die Krise zu bewältigen. Landtags- und

Kommunalwahlen zeigten weiterhin, dass die NSDAP massiv zulegte. Die demokratischen Parteien des Bürgertums verloren entsprechend. **Einigermmaßen stabil** blieben lediglich die Wählerpotenziale der Sozialdemokraten und der Parteien der Katholiken, also Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Brüning kam im Frühjahr 1932 immerhin seinem Ziel sehr nahe, eine **endgültige Streichung der deutschen**

Reparationsverpflichtungen zu erreichen. Er konnte freilich seinen „Erfolg“ nicht mehr persönlich einfahren. Denn inzwischen war Hindenburgs **erste siebenjährige Amtszeit** abgelaufen.

Hindenburg hätte auf einen Wahlakt am liebsten verzichtet und sich durch irgendeine Form der **Akklamation** bestätigen lassen. Doch

dazu war insbesondere **Hitler nicht bereit**. Er war entschlossen, gegen Hindenburg zu kandidieren und Reichspräsident zu werden.

Der erste Wahlgang fand am 13. März 1932 statt. Auf Hindenburg entfielen **49,5 Prozent** der abgegebenen Stimmen, **Hitler erreichte 30,1 Prozent**, **Thälmann 13,2** und **Düsterberg vom Stahlhelm 6,8**.

Im zweiten Wahlgang am 10. April reichte es für Hindenburg dann zur absoluten Mehrheit, und doch war die **gesamte Wahl für ihn eine persönliche Katastrophe**. Mit Entsetzen stellte er fest, dass ihn Sozialdemokraten, Anhänger der katholischen Zentrumspartei und Demokraten gewählt hatten, **nicht aber „seine Leute“**.

Neben dem Wahlergebnis der Reichstagswahl von 1928 war diese Erkenntnis **für die weitere Politik Hindenburgs von entscheidender Bedeutung**. Er machte Brüning nicht nur für das Ergebnis der Präsidentenwahl, sondern auch bereits dafür verantwortlich, dass überhaupt eine Wahl notwendig geworden war. Bereits während des Wahlkampfes, in dem sich Brüning bis an die Grenze seiner Belastbarkeit für Hindenburg ins Zeug legt, hörte der Kanzler, dass der Präsident entschlossen sei, ihn unmittelbar nach der Wahl zu entlassen. Am 29. Mai war es dann soweit.

Am 1. Juni 1932 ernannte Hindenburg Franz von Papen zum Reichskanzler, der über mannigfaltige Beziehungen zur **Schwerindustrie** und zum **Großgrundbesitz** verfügte, der als **katholischer Aristokrat** Verbindungen zum hohen Klerus hatte und als früherer Generalstabsoffizier auch in die Reichswehr. Papen hatte ähnliche politische Vorstellungen wie Hindenburg und entsprach auch dessen **Standesvorstellungen** am ehesten. Er führte ein „**Kabinett der Barone**“, das zwar Hindenburg gefiel, aber weder im Reichstag noch von der Bevölkerung unterstützt wurde.

Die Politik des Reichspräsidenten geriet nun **völlig außer Rand und Band**. Am 4. Juni löste Hindenburg den **Reichstag** auf und nahm damit eine weitere Stärkung der NSDAP billigend in Kauf. Am 20. Juli ordnete er eine **Reichsexekution gegen das noch demokratisch regierte Preußen** an und führte damit den entscheidenden Schlag

gegen die letzte noch verbliebene sozialdemokratische Bastion im Reich. Die **Wahl am 31. Juli** bescherte der NSDAP den befürchteten großen Erfolg. Sie erreichte **37,3 Prozent** der Stimmen. Hitler dachte nun nicht mehr daran, ein Kabinett Papen zu unterstützen, sondern forderte das Kanzleramt für sich.

Im Rahmen dieses Vortrags kann ich **nicht alle Irrungen und Wirrungen** nachzeichnen, die in den folgenden Monaten stattfanden. Wichtig ist für uns, dass Hindenburg in der zweiten Jahreshälfte **noch einmal den Reichstag auflöste**, nachdem das Parlament Papen das Misstrauen ausgesprochen hatte. Die zweite Wahl eines Reichstags im Jahr 1932 fand am **6. November** statt und brachte zum ersten Mal Einbußen für die **NSDAP. Sie verlor 4,2 Prozent** und erreichte „nur noch“ 33,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Für Hitler und seine Männer war das ein Alarmzeichen ersten Ranges. „**Wir haben eine schwere Schlappe erlitten**“, notiert Goebbels am Wahlabend in sein Tagebuch. Die **SPD kam auf 20,4** Prozent der Stimmen, die **KPD wurde mit 16,9** Prozent drittstärkste Kraft.

Das brachte **führende Männer der deutschen Industrie** dazu, sich mit einer **Eingabe an Hindenburg** zu wenden und die Ernennung Hitlers zum Kanzler zu fordern. Auch unter den **ostdeutschen Großgrundbesitzern** herrschte **Panikstimmung**, weil im neuen Reichstag eine Untersuchung des sogenannten „**Osthilfe-Skandals**“

gefordert wurde. Es ging dabei um **Subventionsbetrug** im großen Stil, in den auch die unmittelbare Umgebung Hindenburgs verwickelt war. Nachdem **Hitler angekündigt hatte einen Untersuchungsausschuss sofort aufzulösen**, wenn er Kanzler würde, nahm der Druck auf Hindenburg auch aus den Reihen des ostelbischen Großgrundbesitzes massiv zu. Im Januar 1933 blieben ihm wohl in der Tat **nur zwei Möglichkeiten**:

Entweder er **folgte Kurt von Schleichers Vorschlag**, den er am 3. Dezember 1932 zum Reichskanzler ernannt hatte, löste den Reichstag erneut auf, setzte aber **keine Neuwahlen** an und **bekämpfte mit der Reichswehr Hitlers SA und SS**. Das war formal ein Bruch der Verfassung und bedeutete Bürgerkrieg.

oder aber er **folgte Franz von Papen**, der hinter den Kulissen intrigierte und ihm eine **Koalition der Deutschnationalen und des Stahlhelms mit der NSDAP** in Aussicht stellte, wenn er Hitler zum Kanzler machte. Ganz formalistisch betrachtet bedeutete das **keinen Verfassungsbruch**, und dieser Umstand hat Hindenburg wohl die Entscheidung erleichtert.

Die Zuspitzung der Lage hat Hindenburg im Januar 1933 nicht mehr viele Optionen gelassen, aber er war ja **schon in den Jahren und Monaten zuvor zum Totengräber der Weimarer Demokratie** geworden. Ohne Not hat er im **Frühjahr 1930** alles unternommen, um die Große Koalition zu zerschlagen und die Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung zu werfen. Vor allem aus

persönlicher Gekränktheit und weil ihm Brüning nicht weit genug nach rechts regierte, hat er im **Frühjahr 1932** Brüning entlassen und auf den Herrenreiter von Papen gesetzt. Weil er Sozialdemokraten in der Regierung hasste wie der Teufel das Weihwasser, hat er **unter Bruch der Verfassung die legitime preußische Regierung abgesetzt**.

Die Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 zeigte dann aber auch, dass die **Vorbehalte** die Hindenburg zunächst gegenüber Hitler als Kanzler hatte, in erster Linie **standesbedingt** waren und sehr schnell überwunden waren. Er stattete seinen neuen Kanzler rasch mit **präsidialen Vollmachten** aus, die bei der Regierungsbildung zunächst gar nicht vorgesehen waren, löste den eben erst gewählten Reichstag erneut auf und erließ bereits am 4. Februar eine „**Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes**“, mit der die Versammlungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt wurden. Die Regierung konnte jetzt nach Belieben ihre politischen Gegner im Wahlkampf unterdrücken. Am 28. Februar, am Morgen nach dem Reichstagsbrand, folgte eine „**Verordnung zum Schutz von Volk und Staat**“, mit der alle wesentlichen Persönlichkeitsrechte, auch die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums außer Kraft gesetzt wurden. Die Reichstagswahl am 5. März 1933 brachte der NSDAP dennoch **nicht die absolute Mehrheit**.

Unmittelbar danach wurden die **Länder gleichgeschaltet**. Bayern protestierte heftig beim Reichspräsidenten, hatte damit aber keinen Erfolg. Am 20. März wurde in **Dachau** das erste Konzentrationslager eingerichtet, in dem Regimegegner inhaftiert, gequält und auch ermordet worden. In schneller Folge wurden 50 weitere Konzentrationslager errichtet, die flächendeckend über das Reich verteilt waren. Am 21. März zeigte Hindenburg bei einem **Festakt in der Potsdamer Garnisonkirche**, dass er die Maßnahmen seines Kanzlers billigte. Inzwischen hatte er seine Vorbehalte gegen Hitler längst überwunden, und die ursprüngliche Verabredung, dass bei jeder Unterredung des Kanzlers mit dem Präsidenten auch Vizekanzler Papen anwesend sein musste, war vergessen.

Selbstverständlich hat Hindenburg auch das **Ermächtigungsgesetz vom 23. März** unterzeichnet. Es kam ihm sehr gelegen, weil es ihn davon entlastete, Notverordnungen zu unterzeichnen. Seine Unterstützung Hitlers dokumentierte er mit **persönlichen Auftritten am 1. Mai**, der nun „Tag der nationalen Arbeit“ hieß. Das **Verbot der freien Gewerkschaften** und die **Auflösung sämtlicher Parteien** außer der NSDAP entsprach voll und ganz Hindenburgs Wünschen. Gegenüber seinem **Lieblingmaler Hugo Vogel** erklärte er im Dezember 1933, er sei ja **schon immer der Meinung** gewesen, dass das Heil für Deutschland nur im Zusammenschweißen aller Parteien zu einer gemeinsamen Vaterlandspartei liege. Das sei Hitler

nun gelungen. Ähnlich äußerte er sich in seiner Neujahrsansprache am 2. Januar 1934.

Es gibt nur wenige einzelne Punkte, an denen Hindenburg nicht mit Maßnahmen Hitlers einverstanden war, und sie betreffen nur Randaspekte. Selbst die **Ermordung von tatsächlichen oder vermeintlichen Regimegegnern** im Juni 1934 akzeptierte Hindenburg nach Rückfrage und stellte entschuldigend fest: „**Wer Geschichte machen will, muss auch Blut fließen lassen können.**“ Hindenburg hat den **Aufbau der nationalsozialistischen Diktatur in den Monaten bis zu seinem Tod am 2. August 1934 tatkräftig unterstützt**. Sie entsprach weitgehend seinen eigenen Vorstellungen.

In seinem **politischen Testament** formulierte Hindenburg: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. (...) Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, dass das, was ich im Jahr 1919 ersehnte, und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.“

Wir sollten uns im Licht dieser Zeilen ernsthaft fragen, welche Botschaft wir an heutige und zukünftige Generationen aussenden, wenn wir Paul von Hindenburg weiterhin mit der Benennung einer Stra ehren.

Vielen Dank.